



Stefan Reiter

Zwischen Verantwortungszuschreibung und Ungleichbehandlung

Voraussetzungen und Grenzen der privatnützigen
Inanspruchnahme Privater durch den Staat



Nomos

Reihe
Equality-Oriented Policies (EOP) –
Gleichheitsorientierte Politiken

Herausgegeben von
Prof. Dr. Alexander Graser, Universität Regensburg

Band 5

Stefan Reiter

mit 10. Auflage 2017

Zwischen Verantwortungszuschreibung und Ungleichbehandlung

Voraussetzungen und Grenzen der privatnützigen
Inanspruchnahme Privater durch den Staat



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Regensburg, Univ., Diss., 2017

u.d.T.: „Zwischen Verantwortungszuschreibung und Ungleichbehandlung. Voraussetzungen und Grenzen der privatnützigen Inanspruchnahme Privater durch den Staat – zugleich ein Beitrag zu den Gemeinwohlförderungspflichtigen Privater“.

ISBN 978-3-8487-4213-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-8516-0 (ePDF)

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Geleitwort

Mit welchen Instrumenten wird Gleichheit gefördert, wie wirksam sind sie und auf welche Art von Gleichheit zielen sie? Überlegungen zu solchen Fragen erwartet man in einer Schriftenreihe über gleichheitsorientierte Politiken – eine Arbeit wie die vorliegende dagegen kaum. Vielmehr kann das hier behandelte Thema wohl als Schattenthema gelten, und das im doppelten Sinne: Zunächst einmal geht es hier um die Schattenseite gleichheitsorientierter Politiken, nicht um deren Begünstigte also, sondern um diejenigen, welche die mit solchen Politiken verbundenen Lasten tragen. Zumal diese Lasten aber keineswegs immer gleich verteilt sind, gibt es dazu viel zu sagen. Umso erstaunlicher ist daher, dass diese Dimension gleichheitsorientierter Politiken bislang ein Schattendasein in der Literatur fristet.

Stefan Reiter hat es nun unternommen, das Thema in seiner Dissertation gründlich auszuleuchten. Er knüpft dabei an Band 2 dieser Schriftenreihe an. Dort ging es um ein konkretes Instrument gleichheitsorientierter Politik, den Mindestlohn, und um die Frage, ob dieses Instrument bei der Verfolgung des kollektiven Ziels einer sozialen Mindestsicherung nicht die Falschen belaste und ob in diesem Fall nicht statt der Arbeitgeber eher die Allgemeinheit die Kosten der Gleichheit tragen sollte.

Nun ist aber der Mindestlohn nur ein Beispiel für schier unzählige solcher Konstellationen, und so greift Reiter die grundsätzlichere Frage auf. Er bringt das Problem auf einen abstrakten Begriff, identifiziert einschlägige Konstellationen im geltenden Recht, die trotz ihrer großen Zahl freilich ihrerseits nur Beispiele für ein noch verbreiteteres Phänomen sind, und er entwickelt einen Maßstab für deren verfassungsrechtliche Beurteilung, die, wie er überzeugend darlegt, vor allem anhand des Gleichheitsgrundsatzes zu erfolgen hat.

Reiter macht damit ein großes Fass auf – und wie gesagt eines, in das noch wenige je geschaut haben. Kaum einmal ist bisher gefragt worden, wer im Sozial- und Verfassungsstaat die Kosten der Gleichheit tragen soll. Vielleicht hat das damit zu tun, dass diese Kosten oft innerhalb sozialer Beziehungen getragen werden, die dem Staat zeitlich und oft vielleicht auch im Denken vorausliegen. Die entsprechenden Verantwortungszuschreibungen jedenfalls scheinen so tiefe Wurzeln zu haben, dass man sie auch im modernen Recht eher als vorgegeben wahrgenommen hat denn

als gestaltbar. Auf diese Gestaltbarkeit hingewiesen zu haben, und auf die Rechtfertigungsbedürftigkeit, die mit ihr einhergeht, ist der wohl zentrale Beitrag von Reiters Arbeit.

Er eröffnet damit eine Perspektive, die es fortan quer durch alle Rechtsgebiete zu verfolgen gilt. Damit leistet Reiter einen beachtlichen Beitrag zur Verwirklichung des Postulats normativer Konsistenz im positiven Recht – und damit einer der großen Verheißungen des modernen Staats. Dass dieser Beitrag zu einer Zeit kommt, da man den Staat vor lauter Bindendifferenzierung und globaler Verflochtenheit immer weniger als solcher Konsistenz fähige Einheit wahrnimmt, mag anachronistisch, ja vielleicht ironisch anmuten. Gewiss wäre eine Diskussion dieses Themas auch schon viel früher an der Zeit gewesen. Aber das schmälert die Bedeutung der Arbeit nicht, im Gegenteil: Es war höchste Zeit dafür. Solange wir die Beobachtung wachsender Pluralität im Recht nicht mit unseren normativen Erwartungen an die soziale Rolle des Rechts in Einklang bringen können, ist solche Konsistenzpflege weiterhin an der Tagesordnung. Vielleicht ist sie sogar noch wichtiger geworden.

Alexander Graser